9047

Botschaft

des

**Bundesrates an die Bundesversammlung über die Zuständigkeit
zur Festsetzung der Leistungen des Bundes an ehemalige
Professoren der Eidgenössischen Technischen Hochschule
und an ihre Hinterbliebenen**

(Vom 11. September 1964)

Herr Präsident!

Hochgeehrte Herren!

Das Bundesgesetz vom 7. Februar 1854 (BS 4, 103) betreffend die Errichtung einer eidgenössischen polytechnischen Schule ermächtigt in Artikel 82 den Bundesrat, «einen auf Lebenszeit gewählten Professor, der ohne seine Schuld, also zum Beispiel wegen Alter, Krankheit usw., andauernd ausserstande ist, seinen Verrichtungen gehörig obzuliegen», in den Ruhestand zu versetzen und ihm einen Teil seiner Besoldung als Ruhegehalt zuzusprechen.

Diese Bestimmung wurde zunächst so gehandhabt, dass nicht nur die auf Lebenszeit, sondern auch die für die gesetzliche Amtsdauer von zehn Jahren gewählten Professoren, die aus Alters- oder Gesundheitsrücksichten in den Ruhestand traten, ein Ruhegehalt erhielten; für die Versicherung von Witwen- und Waisenrenten übernahm der Bund einen Teil der Prämie. Nachdem die Bundesbeamten im Jahre 1920 in den Genuss einer ausgebauten Personalversicherungskasse gelangten, erwies sich auch die Neuordnung der Leistungen des Bundes bei Invalidität, Alter und Tod der Professoren der Eidgenössischen Technischen Hochschule als unerlässlich. Der Bundesrat unterbreitete hierüber der Bundesversammlung am 4. Dezember 1925 (BB1 1925, III, 469) eine Botschaft, in der er das Bedürfnis dieser Neuordnung wie folgt begründet:

«Dafür spricht schon der formelle Grund, dass beinahe alle die Massnahmen, die im Laufe der Jahre getroffen wurden, sei es um den durch das Gründungsgesetz des Jahres 1854 auf die Professoren mit lebenslänglicher Amtsdauer beschränkten Anspruch auf beitragsfreien Ruhegehalt auf die

übrigen Professoren der Eidgenössischen Technischen Hochschule auszu-
dehnen, oder um die ursprüngliche Alters- und Invalidenversicherung durch
Einrichtungen der Fürsorge für die Hinterbliebenen der Professoren zu er-
gänzen, oder endlich um die Beitragsleistungen des Bundes an die verschie-
denen Versicherungsinstitutionen zu erhöhen, heute noch auf blossem Ge-
wohnheitsrecht oder auf Gelegenheitsbeschlüssen der Verwaltung beruhen
und damit der gesetzlichen Grundlage und der nötigen Stabilität entbehren.
Als zwingend erweist sich die angebehrte Neuordnung vor allem aber aus dem
materiellen Grunde, dass die Versicherungseinrichtungen für die Professoren
und ihre Hinterbliebenen auch in ihrer nachträglichen Ausgestaltung den an
eine moderne Sozialversicherung zu stellenden Anforderungen nicht mehr
genügen und also der Revision und der Erweiterung bedürfen.»

Der Bundesrat beantragte deshalb den Erlass eines Bundesbeschlusses
betreffend die Leistungen des Bundes bei Invalidität, Alter und Tod der Profes-
soren der Eidgenössischen Technischen Hochschule, den die eidgenössischen
Räte am 1. Oktober 1926 (AS 1927, 4) genehmigten. Danach erhielten die Profes-
soren im Ruhestand ein nach Dienstjahren und Gehalt abgestuftes Ruhegehalt,
gleichgültig für welche Amtsdauer sie gewählt waren, und der Bund fuhr fort,
gleiche Beiträge an die Witwen- und Waisenkasse zu zahlen wie die Professoren.
Dieser Bundesbeschluss wurde in der Folge wiederholt den veränderten Verhält-
nissen angepasst; die gegenwärtige Fassung wurde von den eidgenössischen
Räten am 2. Oktober 1959 (AS 1960, 283) beschlossen und in einzelnen Belangen
am 21. Dezember 1961 (AS 1962, 311) geändert.

Wegen der vom Bundesrat am 5. Mai 1964 (AS 1964, 460) beschlossenen
Anderung des Regulativs über die Besoldungen der Lehrerschaft der Eidgenös-
sischen Technischen Hochschule ist eine neuerliche Änderung der Ruhegehalts-
ordnung notwendig. Diese enthält nämlich Bestimmungen über die für die Er-
mittlung des Ruhegehalts massgebenden Gehaltsteile und über die obere Be-
grenzung des Ruhegehaltes, so dass jede Gehaltsänderung auch eine Anpassung
der Ruhegehälter verlangt. Für den Bundesrat stellt sich nun die grundsätzliche
Frage, ob er der Bundesversammlung wie bisher die Festsetzung der Ruhegehälter,
oder aber eine Neuordnung der Zuständigkeit hierfür beantragen soll. Sie drängt
sich schon deshalb auf, weil das neue Geschäftsverkehrsgesetz die Änderung der
Form des Erlasses verlangen würde.

Bei der Beurteilung der aufgeworfenen Frage dürfen wir vom Willen des
Gesetzgebers ausgehen, der im eingangs zitierten Gründungsgesetz der Schule
zum Ausdruck kommt. Der Bundesrat soll die Besoldungen der Professoren fest-
legen und ihnen überdies bei Invalidität und Alter ein Ruhegehalt zusprechen
können. Wegen der Einschränkung, die Ausrichtung des Ruhegehaltes setze die
Wahl auf Lebenszeit voraus, kann der Bundesrat von dieser Kompetenz nur
Gebrauch machen, soweit sie die Besoldungen betrifft. Wir haben also heute die
überraschende Situation, dass die gewichtige Regelung der Professorenbesoldungen
in der Zuständigkeit des Bundesrates liegt, die Festsetzung der Ruhegehälter

dagegen trotz der weit geringern Konsequenzen in der Kompetenz der Bundesversammlung. Bei den übrigen Personalkategorien des Bundes werden die Pensionen entweder von der gleichen Instanz wie die Besoldungen (Mitglieder des Bundesrates und der eidgenössischen Gerichte) oder sogar von einer nachgeordneten (Bundesbeamten) festgesetzt; eine solche Verteilung der Kompetenz ist angezeigt, weil die Höhe der Pensionen in der Regel von der Höhe der Besoldungen unmittelbar abhängt. Die gegenwärtige besondere Zuständigkeit bei den Professoren der Eidgenössischen Technischen Hochschule ist wohl aus den zur Zeit des Erlasses des Gründungsgesetzes herrschenden sozialen Bedingungen zu erklären. Damals wurden dem Arbeitnehmer bei Invalidität oder Alter kaum eine Pension gewährt; einen solchen Anspruch den auf Lebenszeiten gewählten Professoren einzuräumen, bedeutete einen sozialen Fortschritt.

Um in der vorliegenden Sache für die Zukunft die Befugnisse klar und vernünftig zu ordnen, ist entweder Artikel 32 des Bundesgesetzes betreffend die Errichtung einer eidgenössischen polytechnischen Schule zu ändern oder ein besonderes Bundesgesetz über die Zuständigkeit für die Festsetzung der Ruhegehälter zu erlassen. Wenn wir nicht den ersten Weg wählen, so ist dafür entscheidend, dass das «Gründungsgesetz» noch in manchem Belang erneuerungsbedürftig wäre; für eine Gesamtrevision sind wir indessen heute noch nicht vorbereitet. Deshalb beantragen wir den Erlass eines Bundesgesetzes, das den Bundesrat ermächtigt, die Leistungen des Bundes bei Invalidität, Alter und Tod zu ordnen. Der Bundesrat wird von dieser Befugnis, solange nicht neue Gesichtspunkte eine andere Regelung verlangen, im Rahmen der Grundsätze des bisherigen Bundesbeschlusses Gebrauch machen: das heisst, er wird für die Professoren im Ruhestand ein Ruhegehalt bis zu 60 Prozent der massgebenden Besoldung festsetzen und gleich hohe Beiträge an die Witwen- und Waisenkasse vorsehen, wie sie die Professoren leisten.

Da die Leistungen des Bundes bei Invalidität, Alter und Tod der ETH-Professoren immer gleichzeitig auch für den Präsidenten des Schweizerischen Schulrates galten, enthält der Gesetzesentwurf eine Bestimmung, wonach der Bundesrat befugt ist, ebenfalls hierüber künftig zu beschliessen.

Rechtlich stützt sich das beantragte Gesetz auf Artikel 85, Ziffer 3 der Bundesverfassung, wonach die Festsetzung der Besoldung und Entschädigung der Mitglieder der Bundesbehörden und der Bundeskanzlei sowie die Errichtung bleibender Beamtungen und Bestimmung ihrer Gehalte in den Aufgabenkreis der eidgenössischen Räte fallen. Da der Erlass die Zuständigkeit des Bundesrates regelt, sind die neuen Bestimmungen gemäss Artikel 5, Absatz 1 und 2 des Geschäftsverkehrsgesetzes in die Form eines Bundesgesetzes zu kleiden.

Wir beehren uns, Ihnen den Entwurf zu einem Bundesgesetz zur Beratung zu unterbreiten. Durch Ihre Zustimmung wird für die Zukunft das Rechtsetzungsverfahren betreffend die Ruhegehälter der ETH-Professoren wesentlich vereinfacht. Andererseits wird der Bundesrat, wie bereits erwähnt, bei der materiellen Handhabung des ihm jetzt – eigentlich im ursprünglichen Sinne des Gründungsgesetzes betreffend die Eidgenössische Technische Hochschule vom 7. Februar 1854 – zuzuerkennenden Rechtes sich von den gleichen Richtlinien leiten lassen, welche den bisherigen Ruhegehaltsordnungen für die Professoren der Hochschule zugrunde lagen.

Gestützt auf die vorausgehenden Darlegungen erlauben wir uns, Ihnen die Guttheissung des beiliegenden Entwurfes zu einem Bundesgesetz zu empfehlen.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, hochgeehrte Herren, die Versicherung unserer vollkommenen Hochachtung.

Bern, den 11. September 1964.

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates,

Der Bundespräsident:

L. von Moos

Der Bundeskanzler:

Ch. Oser

(Entwurf)

Bundesgesetz
über
**die Zuständigkeit zur Festsetzung der Leistungen des Bundes
an ehemalige Professoren der Eidgenössischen Technischen
Hochschule und an ihre Hinterbliebenen**

Die Bundesversammlung
der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
gestützt auf Artikel 85, Ziffer 3 der Bundesverfassung,
nach Einsicht in eine Botschaft des Bundesrates vom 11. September 1964,
beschliesst:

Art. 1

¹ Der Bundesrat ist befugt, Leistungen zugunsten der Professoren der Eidgenössischen Technischen Hochschule, die infolge Krankheit, Alter oder Nichtwiederwahl aus dem Amte ausscheiden sowie für den Fall des Todes von Professoren zugunsten der Witwen und Waisen derselben zu beschliessen.

² Diese Befugnis erstreckt sich auf die Festsetzung der Leistungen zugunsten des Präsidenten des Schweizerischen Schulrates.

Art. 2

Die Bundesbeschlüsse

- vom 13. Juni 1958 über die Leistungen des Bundes bei Invalidität, Alter und Tod der Professoren der Eidgenössischen Technischen Hochschule;
- vom 2. Oktober 1959 betreffend die Änderung des Bundesbeschlusses über die Leistungen des Bundes bei Invalidität, Alter und Tod der Professoren der Eidgenössischen Technischen Hochschule;
- vom 21. Dezember 1961 über die Besoldungen und Ruhegehälter der Mitglieder des Bundesgerichts und des Eidgenössischen Versicherungsgerichts, die Besoldung des Bundeskanzlers und die Ruhegehälter der Professoren der Eidgenössischen Technischen Hochschule, soweit er die Ruhegehälter der Professoren betrifft,
werden aufgehoben.

Art. 3

Der Bundesrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes.

**Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Zuständigkeit zur
Festsetzung der Leistungen des Bundes an ehemalige Professoren der Eidgenössischen
Technischen Hochschule und an ihre Hinterbliebenen (Vom 11. September 1964)**

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1964
Année	
Anno	
Band	2
Volume	
Volume	
Heft	38
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	9047
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	24.09.1964
Date	
Data	
Seite	531-535
Page	
Pagina	
Ref. No	10 042 624

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.